

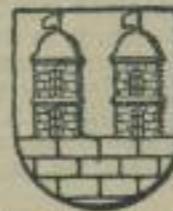
Wilsdruffer Tageblatt

Verlagsrechte Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postgeschäftskonto Leipzig 28614

Wilsdruff legt mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag Bezugsposten bei
Postabteilung monatlich 4 M., durch andere Postämter zugestellt in der Stadt monatlich 450 M., auf dem Lande
400 M., durch die Post bezogen vierzehntäglich 1350 M. mit Zustellungsaufgabe. Alle Postenstelle und Postbeamte (wie
sofern Ausländer und Geschäftsmänner nehmen jederzeit Bestellungen entgegen). Im Falle davorer Gewalt, Krieg oder
kriegerischer Belästigungen hat der Delegierter keinen Einfluss auf Lieferung der Zeitung oder Störung des Bezugspostens.



Inseratenpreis 1 M. für die gesuchte Anzahlseite oder deren Raum, Leinenpreis 1 M. Reklamenseite 2 M.
Bei Wiederholung und Jahresabrechnung entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von
Büchern), die die Post bezogen vierzehntäglich 30 M. Nachstellungsschicht 30 Pg. Zusatzanzeige 1 M. vermindert
zu 10 M. Für die Abholung der durch Delegierte bestimmten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Absatz
an uns erhält, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muss oder der Kastenlieferer in Rücksicht gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vässig, für den Inseratenleiter: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 59.

Freitag den 11. März 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Dem Vernehmen nach wird die Reichsregierung über die Londoner Verhandlungen ein Weißbuch veröffentlichen.

* In den neu besetzten deutschen Gebieten am Rhein ist der Besetzungsstand proklamiert worden.

* Wie es heißt, hat das Zentrum den Abgeordneten Dr. Porsch als seinen ehemaligen Kandidaten für den Posten des preußischen Ministerpräsidenten bestimmt.

* Das Prager Blatt „Tak“ ist ermächtigt, festzustellen, daß sich die Tschechoslowakei an den Sanktionen gegen Deutschland nicht beteiligen werde; alle gegenständigen Berichte seien vollständig unbegründet.

Der böse Geist.

Von untermittelter Seite wird uns geschrieben:

Lloyd George und Dr. Simons — Dr. Simons und Lloyd George, andere Namen bekam die Öffentlichkeit während der achtjährigen Dauer der Londoner Konferenz, überhaupt nicht zu hören. Belgier, Italiener, Japaner hielten sich sorgfältig im Hintergrunde, und von der ganzen großen Tafelrunde öftmals während der drei langen Sitzungen, mit denen die Arbeit der Konferenz erschöpft war, kein Teilnehmer den Mund außer dem britischen Premierminister aus der einen und Dr. Simons auf unserer Seite. So wurde die Geschlossenheit des Austrebens der Untergouvernements gefestigt und was dabei zustandekam, war höchstens die Karikatur einer Verhandlung; in Wirklichkeit war es ein strenges Verhör mit vorher genau zurechugelegten Straßpredigten. Der „Schuldige“ mußte sagen, was er wollte: seine Abkennung, seine Bloßstellung, seine Verurteilung vollzog sich nach einem von vornherein vereinbarten Programm, das innenhalten die Herren von der Gegenseite unter allen Umständen entschlossen waren. Ein Vergnügen, das ihnen in diesem, soweit Deutschland in Frage kommt, zum letzten Male bereitet worden ist.

So war es vor den Kulissen. Hinter den Kulissen haben freilich mancherlei Leute am meisten geredet, die sich im Angesicht der Zuschauer am unschuldigsten gehördeten. Auf französischer Seite insbesondere Herr Touché, der in holländischen Berichten aus London geradezu als der böse Geist der Konferenz bezeichnet wird. Hinter ihm verschwand diesesmal der sonst durchaus nicht schwergewichtige Ministerpräsident Briand fast bis zur Unkenntlichkeit, während dieser sogenannte Wiederaubauminsasse überall zur Stelle war, wo es galt, eine gerade auftauchende Verständigungsmöglichkeit sofort zu zertreten. Nun wird auch namentlich die bösartige Fälschung zugeschrieben, die es zu Wege brachte, daß Lloyd George den Deutschen unterstellt, sie wollten das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien nicht anerkennen — als wenn sie von vornherein davon überzeugt wären, daß es zu unseren Ungunsten ausfallen würde — während sie doch nur darauf hinwiesen, daß ja nach dem Ausgang der Abstimmung unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wachsen oder zusammenzurumpfen werde. Aber dieser Herr Touché wußte wohl, was er tat, und erfährtlich ist nur, daß ein solcher Mann nicht nur in Frankreich, sondern auch am Ort einer sozialen internationalen Konferenz eine so ausschlaggebende Rolle spielen konnte. Mit seinem Ministeramt verbunden er nämlich die Leitung einer Erwerbs- & Gesellschaft, die sich gerade den Wiederaufbau der zerstörten Provinzen Frankreichs zum Ziele gesetzt hat. Eine Erwerbsgesellschaft wohlverstanden, soweit bei ihr von Gemeinnützigkeit die Rede ist, bildet diese nur das Ausbündnis, hinter der sich die Profitgier bestimmt französischer Unternehmer gruppieren, um sie gezielter verbirgt. Diese Leute sind es, die alle deutschen Wiederausbaupläne bisher immer durchkreuzt haben, die von keiner deutschen Mitwirkung an dieser Kulturerneuerung riesenhaften Umfangs etwas wissen wollen, und die ihre Landsleute aus den verwüsteten Gebieten lieber jahrtausendlang auf die Wiederaufstellung von Haus und Hof warten lassen, ehe sie zugeben, daß dabei nicht ungezählte Millionen in ihre Tasche fließen. Diese Leute sind es, die die Entschädigungsforderungen der Beteiligten zuphantastischen Ziffern emportreiben, sie ihnen aber für ein billiges Geld abschaffen, unter allerhand löschen Niedersätzen selbstverständlich, die die brutale Tatlage verdeutlichen sollen, daß hier mit der Art von Kriegsopfern Schindluder getrieben wird, daß es Spulationswelt sich ihrer bemächtigt hat, um unter patriotischem Mantel sich den Geldbeutel zu füllen.

Selbst in Frankreich ist es schon kein Geheimnis mehr, daß sich hier ein neues Panorama vorbereitet, mit dem verglichen das frühere ein Kinderspiel war. Der Mann, mit dessen Namen dieser Standort des 20. Jahrhunderts in erster Reihe in Verbindung gebracht werden wird, heißt Touché. Und dieser Mann war es, der jede verhängnisvolle Regelung der deutschen Schuldenzahlungen in London verhindert hat! Wahrhaftig, Herr Lloyd George kann sich auf das Werk, das er vollbracht hat,

Die Fremdherrschaft am Rhein.

Das Kommando der alliierten Truppen mit dem Sitz in Düsseldorf hat der französische General Degeorge. Beim schick das zweite Grenadierregiment an den Rhein. Die Unteralliierte Kommission in Koblenz erließ zwei Ver-

ordnungen, von denen die eine strenge Zensur für Telephome, Telefone, Druckschriften einführt, die andere die an der deutschen Wehrgrenze erhobenen Zölle beschlägt. Aus Marschall sind farbige Soldaten, Senegalschützen, nach dem Rhein abgegangen. Die amerikanische Regierung gibt bekannt, daß die amerikanischen Truppen am Rhein nur für die Anwendung der Klauseln des Versailler Friedensvertrages bestimmt sind. Durch eine Verfügung des Oberkommandierenden der Besatzungsstruppen ist der Belagerungszustand über die neu besetzten Gebiete verhängt worden. Die Ein- und Ausreise in das besetzte Gebiet ist einzustellen nicht gestattet, mit Ausnahme für diejenigen Personen, die täglich die Grenze des besetzten Gebietes passieren müssen, um zu ihrer Arbeitsstelle zu gelangen.

Am „Rheinländer, Rheinhessen, Pfälzer“ richten die Reichstagsabgeordneten den folgenden Aufruf: Eure schöne Heimat, die Perle der deutschen Ländere, ist in Gefahr! Das Vaterland kann sie nicht schützen, ihr allein kann sie retten. Was auch kommen mag, wahrheit und Deutsch ist, halte fest am Reich! Keine Macht der Erde ist stark genug, euch gegen euren Willen von Deutschland loszureißen. Vor allem jed einig Schlecht eure Neiben! Was immer auch kommen mag — rettet euch die Hände zu dem einen einmütigen Gelöbnis: Komm, was kommen mag — wir bleiben deutsch! Rheinländer! Rheinhessen! Pfälzer! Die Augen der ganzen Welt sind auf euch gerichtet. Zeigt ihr, daß deutsche Treue kein leerer Wohn ist, daß ihr eher alles erträgt, als daß Ihr Deutschland jemals die Treue drückt! Halte treue Wacht am deutschen Rhein! Das Vaterland vertraut auf euch!

Bereitung des Versailler Friedens.

Am Reichstag waren der wirtschaftliche Ausschuss des Reichslababinetts mit einem Teil der Sachverständigen, mit Abgeordneten aus dem besetzten und bedrohten Gebiet und Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus diesen Gebieten versammelt. Von den anwesenden Vertretern der Regierung wurde im einzelnen über die Vorkehrungen Mitteilung gemacht, die getroffen worden sind, um die Versorgung der Bevölkerung in den neu besetzten Gebieten sicherzustellen. Auch ist erreicht worden, daß der staatliche Verwaltungsaufbau ohne Unterbrechung weiterarbeitet. Die Beamtenfamilie in dem neuen „Kriegsgebiet“ hat es als ihre vaterländische Pflicht anerkannt, ihren Dienst unter der fremden Oberherrschaft fortzusetzen.

Die parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete erklärten einmütig: Die von den gegnerischen Mächten angekündigte Errichtung eines besonderen Zollgebietes am Rhein würde eine offensichtliche schwere Verletzung des Versailler Friedens bedeuten, da die Errichtung eines solchen Zollgebietes nicht, wie der Versailler Frieden als Verbindung für eine solche Maßregel vorsieht, den Interessen des besetzten Gebietes dienen, sondern im Gegenteil diese Interessen auf das schwerste schädigen würde. Aber auch die Errichtung eines besonderen Zollgebietes und die damit unzweifelhaft verbundene wirtschaftliche Schädigung der besetzten Gebiete wird die Bevölkerung dieser Gebiete in ihrer Treue zum deutschen Vaterland nicht wanken lassen.

Begründung Dr. Simons in Elberfeld.

Bei der Rückkehr der deutschen Delegationen aus London nahm ihr Zug Mittwoch morgen in Elberfeld als der ersten größeren Stadt im unbefesteten Deutschland einen längeren Aufenthalt. Eine unbeschreibbare Menschenmenge hielt den Hauptbahnhof besetzt und begrüßte den Außenminister Dr. Simons mit großem Jubel. Der Minister richtete einige Worte an die Menge, wobei er zum Ausdruck brachte, die Delegation habe in London getan, was nur irgendwie möglich gewesen sei, um die weiteren Maßnahmen der gewaltigen Menge von der Heimat abzuhalten. Es sei ihr aber unmöglich gewesen, mehr zu versprechen, als Deutschland zu halten imstande war. Das Vaterland würde aber alles übernehmen, wenn nur alle Deutschen neu zusammenfinden. Dr. Simons nahm dann noch die Begrüßung verschiedener Körperschaftsvertreter entgegen und wurde von allen Seiten reich mit Blumen dekoriert.

Englische Bedenken gegen die Wirtschaftsmaßnahmen.

Die Londoner City, die Handelsstadt, nimmt die wirtschaftlichen Sanctionen sehr ernst. Sie erwidert darum allgemein eine schwere Gefährdung der mühsam wieder aufgebaute Beziehungen, die auch für England angestischt der fortlaufenden Wirtschaftskrise, der Stockung des Handels, der Arbeitslosigkeit und des Preissturzes unentbehrlich sind. Lloyd George's Idee der Abführung eines Teiles des Kaufpreises deutscher Waren wird als ruinös angesehen. Die Ankündigung eines sofortigen Gesetzeswurfs mit rückwirkender Kraft durch Lloyd George führt eine völlige Ungeheuerkeit herbei, obwohl selbst schwedische Geschäfte zerstört würden. Die Besorgnis vor Eingriffen in Privatrechte dürfte die Zurückziehung von Güthaften aus England zur Folge haben, nachdem die Sanktionen bewiesen, daß für die Alliierten Rechtschranken nicht existieren.

Telegraphisch wird uns weiter gemeldet:

Die Sanktionen werden nur dann gültig gemacht ...

London, 10. März. (u.) Offiziell wird mitgeteilt, daß gestern auf den Sitzungen der Leiter der alliierten Delegationen die Einzelheiten über die Durchführung der Sanktionen in

Deutschland geregelt wurden. Man kam überein, daß die Sanktionen nur dann gültig gemacht werden sollen, wenn eine befriedigende Lösung in der Frage der Schadenerlastungen und der Bestrafung der Kriegsverbrecher gegeben werde. Daneben wurde die türkische Frage besprochen. In der Mittagszeit erklärte Briand, daß die französische Regierung nicht beabsichtige, die deutschen Provinzen am Rhein dauernd zu belegen oder einzubringen. Frankreichs Absicht sei einzig und allein die Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages.

Die Ankunft der deutschen Delegation in Berlin.

Berlin, 10. März. (u.) Eine gewaltige Menschenmenge batte sich vor dem Potsdamer Bahnhof angesammelt, um unsere aus London heimkehrenden Delegierten zu empfangen. 10 Minuten vor Ankunft des Zuges erhielten Reichsanzler Fehrenbach mit Frau Minister Simons, in Begleitung der Unterstaatssekretäre Daniel und Albert, des Geheimen von Lucius, Geheimrat Trautmann und zahlreichen Herren vom Auswärtigen Amt. Der Zug lief mit starker Verzögerung um 7.30 Uhr in die Halle ein. Als Minister Simons mit dem Reichsanzler und seiner Gattin den Bahnhof verließ, hielt Professor Archibald von der Sternwarte in Treptow eine kurze Ansprache, die mit den Worten schloß: „Sie, Herr Minister, haben in London als ein wackerer Deutscher gehandelt.“ Unter zahllosen Jubelrufen und unter den Klängen der Wacht am Rhein gelang es, den Minister mit seiner Gattin aus dem lebensgefährlichen Gefange der begeisterten Menge in sein Auto zu retten.

Die Zollerhebung hat bereits begonnen.

Paris, 10. März. (u.) Nachrichten aus Koblenz melden, daß die Erhebung der Zölle zu Gunsten der Alliierten bereits begonnen habe.

Lloyd George für neue Verhandlungen?

Rotterdam, 9. März. Die „Times“ meldet: Lloyd George sprach im Unterhaus: Wir sind entschlossen, mit den Deutschen neue Verhandlungen aufzunehmen und die Deutschen zu neuen Verhandlungen einzuladen. Wir hoffen, daß uns die Deutschen in 14 Tagen annehmbare Vorschläge machen werden. Wir werden dann in eine Erörterung eintreten, ob und wann wir die Truppen aus dem besetzten Gebiete zurückziehen können.

Erste Räumung!

Breslau, 9. März. Die „Schles. Volkszeit.“ meldet: Nach Erklärungen Fehrenbachs zu Parlamentarien wird Deutschland vor der Aufnahme neuer Verhandlungen mit der Entente die vorherige Räumung der besetzten rechtsrheinischen Gebiete verlangen.

Die Auslandsprese über den Einbruch

Kritische Stimmen.

Es ist kaum nötig zu sagen, daß bei dem eigentümlichen Zustand des französischen Reichs die Pariser Zeitungen fast allesamt in den nächsten Tagen einen kriegerischen Angriffslust gegen Deutschland schwelgen. Nur wenige linksstehende Organe behalten Besinnung genug, in diesem Augenblick den Mut zur Wahrheit nicht zu verleugnen.

Die britische Presse verhält sich im ganzen etwas ruhiger, obwohl auch hier meistens der Eindruck hervorgerufen wird, man suche durch bestiges Verständigungsgeschehen auf Kosten des vergeblichen Gegners die innere Unzertrennlichkeit gegenüber der geschaffenen Situation zu veräußern. Jedermann ist es überflüssig, die Ausschüttungen der um jeden Preis deutschfeindlichen Blätter aus den beiden alliierten Ländern als besondere Offenbarungen zu betrachten. Sie laufen nur längst Bekanntes wieder und erweden deshalb allergerings Interesse. Die wenigen fühler und kritischer denkenden Stimmen verdielen aber einen Platz unter den nachstehenden kurzen Übersichten einiger ausländischer Urteile über die Gewaltmaßnahmen der Alliierten:

England. Der bekannte politische Schriftsteller C. D. Morel bringt in seinem Blatt „Foreign Affairs“ eine Reihe von Kurzberichten verschiedener Persönlichkeiten. Es wird da in klaren Worten dargelegt, wie sich Großbritannien ins Schlepptau der französischen Gewaltpolitiker nehmen läßt und davon gewarnt, den englischen Interessen, die gelebteren den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas fordern, entgegenzuwirken. U. a. sagt der in England hochangesehene Ben Turner, die britische Regierung sei vertrügt, da sie sich vom ratschlichen Frankreich führen läßt. Das englische Volk büße für seine Sünden vom Dezember 1918. „Daily Express“ hält das Schertern der Konferenz für eine Tragödie, die zu Beschimpfungen für die Zukunft Anlaß gebe. Das Blatt hofft, daß England einen möglichst geringen Anteil am Vormarsch in Deutschland nehme, da die Reparationen nicht durch solche militärischen Mittel gewonnen werden könnten. „Daily News“ schreibt, Lloyd George habe das Angebot für eine friedliche Wiederaufbau der Wirtschaft der Deutschen abgelehnt. „Daily Telegraph“ hält das Schertern der Konferenz für eine Tragödie, die zu Beschimpfungen für die Zukunft Anlaß gebe. Das Blatt hofft, daß England einen möglichst geringen Anteil am Vormarsch in Deutschland nehme, da die Reparationen nicht durch solche militärischen Mittel gewonnen werden könnten. „Daily News“ protestiert zum Schlusse feierlich gegen den Panzeroffizier Politik und den Wahninn, der diesen Ausgang möglich gemacht habe. „Westminster Gazette“ nennt das Schertern der Londoner Konferenz einen Vandalismus der Diplomatie ohne Reue in der Weltgesellschaft. Der „Manchester Guardian“ kennt die Sanktionen einen Blender von großer und verängstigender Bedeutung. Durch die Haltung der britischen Regierung und des Ministerpräsidenten wird eine Politik gemacht, die direkt im Gegensatz zu unseren nationalen Interessen steht.

Frankreich. „Humanité“ schreibt: 21 Monate nach Abschluß des Friedensvertrages von Versailles und 28 Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes befinden sich die Völker auf neue vor furchtlosen Konfliktschöpfungen. Die Ultimathieben von 1919 und 1920 führen unschöner zu den kommenden Auseinandersetzungen. „Journal du Peuple“ sagt, jeder sollte jetzt seine Verantwortung übernehmen, von Bent ab an das Proletariat. Da die bürgerliche Diplomatie Schlußpolitiken habe, müsse es die Völker vor Adenauer warnen, d. ihnen drohen. Der Vormarsch der Deutschen werde den französischen Chauvinisten nur eine platonische Genugtuung geben, denn er werde in die leeren Räumen der Entente nicht eindringen, um sie zu bringen. Dunouin spricht in „Le Peuple“, die Hollmann aus, daß wir nicht mehr in den Hinterhalt der Überfälle gelockt werden, um schließlich zur gebeugten Union und zu zerbissenen Massakern zu kommen, denn der französische Militarismus tritt jetzt als Angreifer auf. Er ist in ein Land eingedrungen, das nicht das unrichtige ist, um die Kosten zu vermeiden, ohne einen Krieg daraus zu ziehen. Wir werden also gerade heraus und weigern, in den Krieg zu ziehen.

Schweiz. Der „Verner Bund“ meint, die Gle, in der die Bevölkerung in London beschlossen wurden und in die Tat umgesetzt werden sollen, kommt überschlags, zumal, da die rechtlichen Grundlagen für eine solche Aktion durchaus nicht klar sind. Wenngleich über das zweite deutsche Angebot hätte verhandelt werden können. Den Alliierten schien dieser Ausweg unannehmbar. Der Vorsitz sollte um den Kopf des Gegners geworfen werden, damit er nicht mehr entwischen könne. Wahrscheinlich haben die Ententechefs münner eine solche Sollung hauptsächlich aus innerpolitischen Gründen ihren Völkern gegenüber als notwendig erachtet. Auch die Seiner „Suisse“ spricht ähnlich deutlich aus, daß vertragsmäßig mit Sanktionen bis zum 1. Mai erwartet werden müsse.

Holland. „Handelsblad“ schreibt: Für uns Holländer ist das Ergebnis aus mehr als einem Grunde befremdend. Wird man in der Friedenszeit in Holland das gefährliche englische Spionageystem dulden? Werden englische Bücherschriften die Bücher und Vorläufe Holländischer Konsuln revidieren? Wir hoffen, daß unsere Regierung sich mit aller Kraft gegen eine neue Auseinandersetzung der durch den Krieg bereits so sehr aus der Form gebrochenen Handels- und Industrieverhältnisse wibersetzen wird. In Paris wird man lachen. Aber in Paris, London und in den andern alliierten Hauptstädten werden noch viele kommen, welche einfühlen, daß der eingeschlagene Weg nicht richtig ist. Der moralische Kater wird wahrscheinlich dann nicht ausbleiben.

Italien. Den Mailänder „Sera“ telegraphiert sein Londoner Berichterstatter: Um die Wahrheit zu sagen, sind die Franzosen mit dem, was sie erreicht haben, nur wenig zufrieden. Im Gegenzug dazu scheinen die Deutschen erreicht zu haben, was sie erreichen wollten. Die Lage scheint aber auf beiden Seiten vom Abel zu sein.

Dänemark. „Politiken“ fragt: Wird diese umfassende Repression, die Deutschland unweigerlich schwer trifft, die Ententeländer nicht ebenso schwer treffen? Wenn Mitteleuropa in dieselbe Lage kommt wie Russland, so werden die durch die Sanktionen hervorgerufenen Wirkungen auch in den alliierten Ländern gesteigert. Die Arbeitslosigkeit in England wird wachsen. Auf vielen Gebieten sind außerdem England, Frankreich und Amerika an die deutsche Einfluß angewiesen. Werden die Interessen der Ententeländer in der Lage zusammenfallen? Treffen die Sanktionen am schwersten diejenigen, die sie ins Werk setzen, oder diejenigen, gegen die sie gerichtet sind?

Schweden. Branting schreibt in dem Blatt „Sozialdemokraten“ unter der Überschrift „Eine Politik des Arzneins“: Der Völkerkrieg wird in unterm ungünstigen Europa neue Nahrung erbauen. Mit welchen Geschüßen ein großer Krieg nach mehr als sechs Jahren grausamer Leidens des Einmarsches dieser Eroberungsgruppen in sein Land ansetzen wird, das sollte jeder verstehen, der nicht ganz verdreht ist und die Weisheit der Geschichte hat während des Weltkrieges und nachher sich gegenüber Unterdrückern selber Zeit so stark getont so macht, daß ihre Spuren wahrhaftig abstreichen dürfen. Soviel Angenahm beurteilt an, daß man in London in letzter Stunde noch zaubernde; aber schließlich nahm man doch die fürstbare Verantwortung auf sich. Was wird der nächste Schritt folger Politik des Jezus sein?

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages trat zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Mit Ausnahme der Oberschlesier waren die Abgeordneten vollständig erschienen. Die Fraktion erörterte die Frage der Regierungsbildung in Preußen sowohl im Hinblick auf den Wahlauftakt wie auf die gesamte deutsche und internationale Lage. Es ergab sich völlige Übereinstimmung, und es wurde einstimmig der folgende Entschluß gefaßt: Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages ist bereit, die alte Regierungskoalition fortzuführen und zieht einmütig die Einheitse-

bung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ab. Ebenso einstimmig lebt die sozialdemokratische Fraktion ab, irgendeine bürgerliche Minderheitsregierung zu unterstützen; sie würde vielmehr eine solche mit aller gebotenen fachlichen Schärfe bekämpfen.“

Deutsche Handelsbevollmächtigte in Wien.

Bereiter der deutschen Regierung sind in Wien eingetroffen, um wegen verschiedener Ansiedlungen, die sich in den letzten Monaten bei der Abwicklung des Handelsverkehrs zwischen Österreich und dem Deutschen Reich ergeben haben, eine Aussprache mit den beteiligten Bundesministern zu pflegen.

Deutsch-französisch-englische Sozialienskonferenz.

In einer Besprechung des Zentralkomitees der Unabhängigen Partei Deutschlands mit Vertretern der französischen Partei in Berlin wurde in Ausführung eines Vorschlags des Nationalrats der sozialistischen Partei Frankreichs, der von der Wiener Internationalen Konferenz aufgenommen worden war, beschlossen, in nächster Zeit eine deutsch-französisch-englische Konferenz einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Wiederherstellungfrage befassen soll.

Das Einreiseverbot für Oberschlesien.

Das Verbot ist so zu verstehen, daß die Einreise für Personen, außer den Abstimmungsberechtigten, die außerhalb Oberschlesiens wohnen, grundsätzlich gesperrt ist. Personen, die in Oberschlesien wohnen, kann in Ausnahmefällen Genehmigung zur Aus- und Einreise von den zuständigen Kreisbeamten gegeben werden. Sämtliche Sichtmerkmale, die vom französischen Konsulat außerhalb Oberschlesiens gegeben worden sind, sind ungültig.

Amerika.

X Aufklärungsversuche Hardings bei den Alliierten? Der Berichterstatter der „Daily Mail“ telegraphiert aus New York: Ich glaube zu wissen, daß Präsident Harding einräumt die Errichtung eines Ausschusses von 7 Mitgliedern nach London beschlossen hat, um mit den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten während des Krieges „kooperiert“ waren, zu prüfen, unter welchen Bedingungen die amerikanische Regierung sich ihnen auch im Frieden anschließen könnte. Elihu Root wurde eingeladen, diesem Ausschuß beizutreten. Falls er die Einladung annimmt, dürfte er den Vorsitz führen.

Deutscher Reichstag.

(79. Sitzung.) CD. Berlin, 8. März.

Den ersten Punkt der Tagesordnung für die deutige Sitzung bildete eine Interpellation der Unabhängigen wegen der Preissteigerung und der Arbeitsverhältnisse in der Kalinindustrie. Die Interpellanten fordern die Sozialisierung dieser Industrie. Der Reichswirtschaftsminister legt dazu erläutert, daß er die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten werde.

Weiterberatung des Reichshaushalts.

Beim Haushalt des Reichschausministeriums begründet Abg. Hammer (Deutsch.) einen Antrag auf ein Reichsgesetz, wonach bei Vergabe von Lieferungen durch das Reich oder die Länder Grundläge aufgestellt werden, die sich namentlich auch auf die Vergabe solcher Aufträge an Handwerker und deren Vereinigungen beziehen.

Abg. Lange-Hagemann (Centr.) erklärt den Antrag als unannehmbar, weil das nicht durchzuführen sei, da die Länder sich nicht daran fehlten würden.

Abg. Havemann (D. Volksp.) bemerkte, daß Submissionswesen sei nicht gerade zweckmäßig. Man soll nicht nach dem Billigen suchen, sondern die Haupthache müsse sein, die beste Arbeit zu erlangen.

Abg. Simon-Franzen (Soz.) nahm die Arbeiter-Produktionsgenossenschaften gegenüber der Unterstellung in Schutz, als ob sie den Handwerker-Schwierigkeiten machen wollen.

Darauf wurde der Antrag Hammer bei Ausschaltung des Hauses mit 32 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Ein großer Teil des Haushalts des Reichschausministeriums wurde alsdann genehmigt. Nachdem verschiedene Abgeordnete Befürderungen vorgebracht hatten, nahm der Reichschausminister Dr. u. Hammer das Wort. Der Abgeordnete Rahmen, erklärte er, will alle wirtschaftlichen Fragen nach politischer Weise regeln. Ich gebe aber an solche Fragen heran unter dem Gesichtspunkt, wie man am besten die Erzeugung steigern kann. Das hat mich neuerlich bei der Angelegenheit der westfälischen Elektrostaatswerke und bei meinem Eingreifen zum Kahn-Bertrage. Gegen die Deutschen Werke habe ich keine Abneigung. Ich habe gerade in der Kahn-A Angelegenheit ihr Gedanken gehörig. Von der Notwendigkeit eines gefundenen Handwerker- und Mittelstandes.

bin ich überzeugt, daß der Mittelstand meiner Förderung sicher sein darf. Ich beweise mich aus nach Kräften, die Techniker mehr als doppelt zur Verwaltung heranzuziehen. Die Mittelstandsbürokratie dürfen nicht an Private liefern. Wo wir

Er berichtete nun ausführlich von dieser Unterredung und von dem, was er dann noch über Banes und Brenkens Abreise erfuhr.

Mit finstrem Ausdruck hörte Graf Buchenau zu. Als Hans geredet hatte, sagte er rauh:

„Es ist gut so — ich danke dir, daß du mir das abgenommen hast. Ich hätte nicht so mit ihr verhandeln können. Hoffentlich führt sie nun wirklich ein anderes Leben.“

„Sie weiß ja, was davon abhängt. Ich glaube, du kannst ruhig sein. Und wie willst du dich nun in dieser Angelegenheit zu Bia stellen? Soll sie erfahren, daß ihre ehemalige Stiefmutter mit dieser Frau von Brenken identisch ist?“

„Vorläufig nicht — vielleicht später einmal. Jetzt ist Bia ohnedies zu erregt, um sie noch mehr zu belästigen. Er Jahren muß sie ja einmal alles — für den Fall meines Todes. Sie muß doch wissen, für wen ich diese Rente ausgezahlt habe. Ist es nicht wie ein Hohn des Schicksals, daß ich diesem Jürgen Brenken, der mein Weib verführt und mich zum Krüppel geschossen hat, mit meinem Gelde ein sorgloses, ruhiges Leben schaffe? Die Welt ist doch ein großes Narrenhaus.“

Er lächelte schneidend auf.

Hans sah ihn teilnahmsvoll an.

„Ja, du hast schlummer an dem zu tragen, was diese Frau über dich gebracht hat, als ich. Am Bia's fröhlichem, wohlaufem Leben bin ich von dieser Wunde genesen.“

„Und nun schlägt dir Bia selbst eine neue Wunde. Aber sie kann nicht dafür, Hans. Bedenke, daß sie selbst in dieser Bedrängnis darüber ist. So dringend hat sie es mir ans Herz gelegt, ich soll dich bitten, daß du ihr nicht gnäfst. Dafür ich ihr sagen, daß du ihr verzeihst?“

Hans lächelte, aber seine Augen brannten.

„Ich habe ihr nichts zu verzeihen. Und ich lehne mich daran, sie um Verzeihung zu bitten, daß ich sie durch meine vorschnelle Werbung in einen solchen Zustand brachte.“

„Du hättest warten müssen, bis sie draußen in der Welt ge-

angestellt werden, wäre ich ein. Die Niedrigkeit über unzureichende Arbeitsentlohnung sind unbedeutend. Die Entlohnungsgrundlage sind vom Arbeitministerium aufgestellt. Das Elektrostaatswirtschaftsgebet lädt sich bis zum 1. April d. J. nicht schließen.

Hierauf brachte der Abg. Hoch (Soz.) einen Fall zur Sprache, bei dem Berichtigung von Heeresgut stattgefunden haben soll. Der Ort dieser Berichtigung sei Hannover gewesen, und die Frankfurter Metallgesellschaft sei daran beteiligt.

Reichschausminister Dr. u. Hammer erwiderte darauf, daß dieser Fall vor seinem Amtsamt zugestanden habe. „Herr, der mich kennt, so sehr er fort, wird mir glauben, daß ich gegen jede Korruption unabschätzbar einschreite.“ Weiter gab der Minister seinem Erfassen darüber Ausdruck, daß der Abgeordnete Hoch Antidumping gegen einen hohen Beamten vorgebracht habe, für die er keine Beweise vorbringen könne.

Hieran schloß sich eine lange Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Hoch (Soz.) und dem Reichschausminister über den Hanauer Fall.

Die weiteren Beratungen zogen sich noch eine geraume Zeit hin.

Hieran wurde der Bericht des Haushaltes des Reichschausministeriums genehmigt und man ging zur Beratung des Haushaltes des Reichsministeriums des Innern über.

Hier trat der Abg. Dr. Braun (Soz.) dafür ein, daß man bei aller Starke nicht die kulturellen Forderungen des Deutschen Reiches vernachlässige.

Alsdann sprach der Abg. Dr. v. Delbrück (Deutsch.). Er batte an den gegenwärtigen Zuständen mancherlei anzuschreiben und trat namentlich dafür ein, daß die Zahl der Reichsministerien eingeschränkt und die Reichsverwaltung vereinfacht und verbessert werde.

Die Verhandlungen zogen sich dann noch längere Zeit hin.

Die Kämpfe in Rußland.

General Koloschin in Führer des Aufstandes.

Mehr und mehr tritt zutage, daß die Stellung der Räteregierung stark erschüttert ist. Der schwedische Berichterstatter der „Times“ meldet, daß General Koloschin an die Räteregierung ein Ultimatum gerichtet habe, dessen Inhalt noch nicht bekannt ist. Die Führung des Aufstandes in Kronstadt hat nicht der bekannte Matrosenführer und General der zaristischen Armee Koloschin inne, sondern ein fünfunddreißigjähriger Mann gleichen Namens, der während des Krieges Oberst wurde und von Kerenki wahrscheinlich den Generalsrang erhielt.

Strafsämpfe in Petersburg.

Kalonin, Präsident des Exekutivausschusses von Petersburg, hat eine Proklamation erlassen, in der er von den schweren Unruhen in Rußland spricht. Der Belagerungsstatus ist in Petersburg proklamiert worden. Auch in Moskau sind Unruhen ausgebrochen, die sich weiter ausdehnen. In Tarnow haben sich die Roten Truppen erhoben. In Petersburg haben wieder Strafsämpfe begonnen. Die Seelen aus Kronstadt haben den Arbeitern Räsonen geschildert, mit denen diese das Feuer auf die von den Sowjetbehörden herbeigeschürt Baschiren eröffnet haben.

Das Bombardement.

Die Kommunisten in Petersburg stellten den Kronstädtern Bedingungen für die Einführung des Kampfes. Die Antwort war die Aufrufung, Petersburg zu übergeben. Als dies verweigert wurde, begannen acht Kriegsschiffe von Kronstadt her die Belagerung von Petersburg. Die Beschießung rief eine große Panik unter den Roten Truppen und den Kommunisten hervor. Die ganze Garnison besteht aus fünf Regimentern. Eine Anzahl Kommunisten wurde erschossen.

Ruh und Fern.

Oheimlehrer für Flüchtlinge. Zur vorläufigen Unterbringung der über die Grenze flüchtenden ziellosen Familien und ziellosen ledigen weiblichen Personen sind Heimlehrer in Altengrabow, Lötzen, Zitterbo, Zoddet, Heilsberg, Zehlitz, Zittau, Rehse und Rothenburg eingerichtet worden. Dort können auch ziellose männliche Personen Aufnahme finden, wenn sie infolge hohen Alters oder Krankheit arbeitsunfähig sind. Die Verteilung der Flüchtlinge erfolgt durch den Reichskommissar für Flüchtlingsgene und Flüchtlinge in Berlin, Postdamer Straße 13.

O Australien und das deutsche Buch. Australien scheint gegen das deutsche Buch einen Sonderkrieg führen zu wollen. Noch jetzt kommen dort deutsche Bücher einfach nicht an, weil sich die australische Regierung immer noch als im Krieg mit Deutschland definitiv betrachtet. Kürzlich hat sie eine Tendenz deutscher Kirchensiederbücher einfach verbrennen lassen.

wissen war, bis sie sich selbst erkannt hatte. Sie wußte ja nicht, was ich von ihr fordere. Bitte, sage ihr, daß ich sie herzlich bitte, mir zu gestatten, daß ich ihr Freund bleibe. Sie soll mir ihr Vertrauen wieder schenken, soll mir gestatten, wie früher in ihrer Nähe zu weilen. Es ist mir schon ein Glück, wenn ich sie sehe und sprechen darf. Und sie soll mich nicht zu lange aus ihrer Nähe verbannen.“

Ersch und prüfend sah der Graf in sein Gesicht.

„Wird es dir gut sein, sie zu sehen, Hans? Wirst du es über dich vermögen, ihr ruhig zu begegnen?“

„Ja, ich will immer bedenken, daß sie nicht noch mehr betrübt werden darf. Das wird mir Kraft geben, mich zu beherrschen. Und — ich kann noch nicht alle Hoffnung aufgeben. Solange Bia's Herz noch frei ist, kann ich noch hoffen, daß es für mich so gut wie für einen anderen entscheidet kann. Und du — entziehe dir mir nicht, was du mir an Zurückhaltung gelehnt hast in der Voraussetzung, daß ich dein Sohn würde. Bleibe mein väterlicher Freund.“

Bewegt schloß ihn Graf Buchenau in seine Arme.

„Was ich Bia gestern sagte, will ich dir heute wiederholen — ich habe dich lieb gewonnen, wie einen Sohn. Es betrübt mich sehr, daß du es in Wirklichkeit nicht weißt. Niemand würde sich inniger freuen als ich, wenn ich dir Bia's Herz dennoch zuwenden sollte. Hoffnung kann ich dir leider nicht machen, aber meine Gefühle für dich bleiben dieselben.“

Sie schüttelten sich fest die Hände.

Voll Unruhe hatte Bia gewartet, bis der Vater von Niedberg zurückkehrte. Als er endlich kam, ließ sie ihm entgegen und hängte sich an seinen Arm.

„Hast du Hans gesprochen, Papa?“ fragte sie leise.

„Ja, Bia — er läßt dich herzlich grüßen.“

Sie traten in ein Zimmer.

„Ist er böse?“ fragte sie zoghaft. Ihr unruhig ansehend.

„Nein, dazu hat er dich viel zu lieb.“

Sie zuckte zusammen, und es rann wie ein Bittern über sie hin. Er bewerkte das

(Fortsetzung folgt.)

○ Starke Rückgang der Bevölkerung in Frankreich. In Frankreich wurde nach einem Zeitraum von zehn Jahren wieder eine allgemeine Volkszählung vorgenommen. Nach allgemeiner Berechnung dürfte sich trotz der Einverleibung Elsaß-Lothringens ein Rückgang der gesamten Bevölkerung um mindestens zwei Millionen ergeben. Diese Abnahme der Bevölkerung wird auch eine politische Folge haben, da die Zahl der Deputierten nach dem Wahlgesetz von 1918 in Zukunft nach der gesamten Einwohnerzahl der Departements berechnet wird.

○ 200 000 Opfer einer Erdbebenskatastrophe. Nach einer aus Peking in London eingetroffenen Depesche sind durch das kürzlich gemeldete Katastrophen-Erdbeben in den chinesischen Provinzen Shan-Sou und Chan-Si 200 000 Menschen ums Leben gekommen.

○ Ein Schreibstift für 15 Millionen. Im Palast-Palais in Wien wurde aus dem Nachlass des Grafen János Palffy u. a. ein Schreibstift Napoleons, und zwar der historische Schreibstift, auf dem er seine Abdankungsinschrift schrieb, zur Versteigerung gebracht. Der Auktionspreis betrug vier Millionen. Ein französischer Liebhaber ging bis 12 Millionen, worauf Baron Reichen den Tisch für 13 Millionen Kronen erklomm.

○ Im Schlaf von Zwillingen beschwist. In dem in der Nähe von Roubaix gelegenen französischen Städten Lannoy lag eine 34jährige Frau seit Monaten an der Schlaftotheit niedrig, und der Arzt befürchtete, daß sie nicht mehr aus dem Schlaf erwachen würde. Zu aller Überraschung wurde die Frau gerade im frühen Augenblick der Krankheit von einem Zwillingsspaar entbunden, wobei sie aus dem Startrampf erwachte und sich seidlich wohl fühlte. Man hat Hoffnung, sie bald völlig hergestellt zu sehen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 Schweizerische, belgische und französische Franc, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. „Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht.)

Währungsstäbe	9. 3.		8. 3.		Stand 1. 8. 14	
	Geld	Brief	Geld	Brief		
Dollard	Gulden	2202,75	2207,25	2145,25	2149,65	170 M.
Dänemark	Kronen	1073,90	1076,10	1081,45	1083,55	112
Schweden	Kronen	1453,55	1436,45	1408,55	1406,45	112
Norwegen	Kronen	1018,95	1021,05	979,00	981,00	112
Schweiz	Frank	—	—	1042,95	1046,05	72
Amerika	Dollar	—	—	82,43	62,57	4,40
En. Land.	Pfund	—	—	244,00	244,50	20,20
Frankreich	Franc	—	—	444,05	444,95	80
Italien	Lire	—	—	482,50	464,50	80
Staaten	Lire	—	—	229,25	229,75	80
Dt.-Österreich	Kronen	11,98	12,02	12,20	12,27	85
Ungarn	Kronen	14,85	14,89	14,80	14,84	85
Ungarn	Kronen	83,40	83,60	79,90	80,10	85

Danach war also am 9. März die Mark in Pfennigen umsetzbar wert in: Holland 80; Italien 36; England 88; Amerika 4,40; Frankreich 72 und in der Schweiz 8,0. Pfennige.

Neueste Meldungen.

Entschuldigungen an Länder und Gemeinden.

Berlin. Das Reich wird an Gemeinden und Länder im Jahre 1921 72% Millionen Mark Sonderentschädigungen für Steuern, für die es zuständig ist, zahlen. Darauf beteiligt werden die Gemeinden, die bereits vor dem 1. Januar 1918 Abgaben der im Gründungsbesitz geregelt waren. So haben, ferner Bayern, Württemberg und Baden infolge ihres Beitritts zur Weimarer Republik, ferner die Linde, bis 1913 eine Weimarer für Landesabrechnung erhoben haben, und endlich die Länder, bei denen durch das Weinbau-monopol die landesbezogene Erhebung einer Weinbauabgabe weggesägt ist.

Die Aussteuerer.

Berlin. Die Novelle zum Aussteuererest ist dem Reichstag nunmehr zugegangen. Sie festt die Steuer auf 100 Mark für 100 Kilogramm Nettogewicht veranlaßt und begründet diese Erhöhung mit dem gegenwärtigen hohen Aussteuerpreis. Ein Aussteuer soll im wesentlichen fünftig nach dem Ausdehnung der Aussteuerwaren erhoben werden.

Frankreich-italische Kohlenabschleppungen.

Berlin. In zuständiger Stelle liegt die durchaus zuverlässige Nachricht vor, daß ein Verlust von deutscher Kohle durch Frankreich und Belgien an Holland in großem Umfang im Schwange ist. Man schätzt die Menge der verschwundenen Kohle auf mindestens 450 000 Tonnen. Es ist aber möglich, daß die Schließung noch größere Ausmaße besitzt.

Das deutsche Schleswig gefährdet?

Flensburg. Nach einer Meldung der „Schleswigschen Zeitung“ ist eine dänische Abordnung von Schleswig nach London gefahren, um dort eine Entscheidung dahin herbeizuführen, daß die gemeinschaftliche Gebiete Nordschleswig unter dem Schutz des Völkerbundes gestellt werden, um auf diese Weise zu erreichen, daß Dänemark das Mandat über das deutsche Schleswig erhält. Das Blatt bezeichnet seine Meldung als verbürgt und nennt als Mitglieder der dänischen Abordnung die Professoren Blinding-Krus und Paul Berrier.

Erste Wirkung der Holländerschließung.

Köln. Bei einem großen Werk des besetzten Gebietes ist im Hinblick auf die kommende Sollabschließung ein Industrieauftrag im Werte von 60 Millionen Mark rückgängig gemacht worden. Die Folgen für die Arbeiter und die Gesamtbevölkerung ergeben sich von selbst.

Lieber nach Holland!

Hann. Auf Deutschland kommen zahlreiche deutsche Arbeiter über die polnisch-deutsche Grenze. Bei Kielo allein kamen in einer der letzten Nächte 30 Arbeiter, die sich der Versetzung nicht unterwerfen wollen, nach Holland.

Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Anwachsen der revolutionären Bewegung in Ruhland.

Paris, 10. März. (u.) Ein bolschewistischer Angriff gegen Kronstadt ist zurückgeschlagen worden. Die Lage ist gegenwärtig folgende: Die roten Truppen sind Herr der Lage in Petersburg. Kronstadt dagegen ist mit Ausnahme von zwei vorgerückten Forts im Besitz der Rebellen. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß nach offiziellen Informationen der amerikanischen Regierung die revolutionäre Bewegung sich schnell ausbreite und daß der Sturz der Sowjetregierung unmittelbar bevorstehe.

Die Entente fordert die österreichischen Milchlöhne.

Wien, 10. März. (u.) Wie verlautet, wird zu dem bereits gemeldeten Ultimatum wegen Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials heute noch ein weiteres Ultimatum der Entente der österreichischen Regierung überreicht werden, welches die Auslieferung der im Friedensvertrag gesetzten Milchlöhne

verlangt. Bei den Anstrengungen, die gemacht werden müssen, um die hungrigen Kinder Wiens mit Milch zu versorgen, muß die Note allgemeines Erstaunen erwecken.



fahrt! Die oberschlesische Muttererebe erwartet euch, damit ihr durch eure Treue das Schicksal der Heimat und des gemeinsamen Vaterlandes besiegen sollt. Es ist eine zweite Mobilisierung nach Osten, was sich jetzt abspielt. Mit bewundernswertiger Genauigkeit sind die Pläne des Transports der vielen Zehntausende von Abstimmungsberechtigten ausgedacht worden. An Sonderzügen werden 256 in Gang kommen; 24 davon werden Dresden durchfahren. Rechnet man die wiederholte Hin- und Rückfahrt der Züge, so ergibt sich eine Gesamtzahl von über tausend Sonderzugsfahrten. In Erfurt, Leipzig und Dresden treffen die Züge aus dem Landesinneren auf die großen Hauptlinien. Während der Reisetage nehmen die Abstimmungszentralen auf allen Fernsprechern des Reiches Bevorzugung; daher ist stete Verbindung mit den Transporten möglich.

— b. Wiederholung der Tagungen der Landeskonode. Die seit dem 2. Januar d. J. verlängerte Landeskonode hat ihre Verhandlungen henti. Donnerstag den 10. März vormittags 10.30 Uhr im Ständesaal der ehemaligen 1. Kammer, aufgenommen. Die Tagung wird voraussichtlich nur 3 Tage umfassen und sich in der Haupthalle mit der Verabschiedung des Kirchenbeamengesetzes (Vorlage 10) und der Erledigung einer Anzahl Petitionen wegen der Konfirmation beenden.

— Sachische Handwerkerfragen im internationalen Reichslags-Ausschuß. Dieser Tage bildet der internationale Ausschuß für das Handwerk eine Sitzung im Reichstag ab, in welcher eine Aufschrift des Landesausschusses des hies. Handwerks, betreffend die Gleichbehandlung der Versicherungsanstalten des Handwerks mit denen der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich des § 258 Ziff. 3 des Branntweinmonopoliengesetzes zur Beratung stand. Es soll erachtet werden, auch für die Versicherungsanstalten des Handwerks die Rückergütung zu erhalten. Die Abg. Biener und Tuch werden mit der Weiterverfolgung der Angelegenheit betraut. Der bisherige Vorsitzende Abg. Bartholow verabschiedete sich, da er dem Reichstag nicht mehr angehört, von dem Ausschuß, der ihm den Dank für seine Dienste ausspricht. Zum Vorsitzenden wird Abgeordneter Biener, zum Stellvertreter Abg. Tuch gewählt.

— Das neue Auslandsporto. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle soll das Auslandsporto fünfzig beitragen: für gewöhnliche Briefe 1,20 M., für Postkarten 80 Pf. für einfache Drucksachen (1. Gewichtsstufe) 30 Pf. Der Weltpostkongress in Madrid hat das Auslandsporto für gewöhnliche Briefe auf 50 Centimes, für Postkarten auf 10 Centimes und für gewöhnliche Drucksachen auf 10 Centimes festgesetzt. Nach dem amerikanischen Dollar-Kursen ringgerechnet würden diese Sätze in deutschem Gelde für gewöhnliche Briefe 5 M., für Postkarten 3 M. und für einfache Drucksachen 1 M. ausmachen. Bei Paketen und Telegrammen erfolgt die Feststellung der Gebühren nach den Transfertarifbüchern, d. h. die Gebühren setzen sich zusammen aus so vielen Anteilen in Form, als Länder an der Beförderung beteiligt sind. Die neuen Postosäume für Postkarten, Briefe und Drucksachen werden vermutlich gleichzeitig mit den neuen Inlandspostgebühren in Kraft treten.

— Die Verteilung der amerikanischen Milchlöhne auf die sächsischen Großstädte. Die Quarantänezeit für die amerikanischen Milchlöhne ist auf einige Zeit verlängert worden. Die sächsische Regierung wird die 77 Milchlöhne, die ihr zur Verfügung gestellt werden, wie folgt verteilen: Leipzig etwa 36, Dresden 23, Zwickau und Plauen je 8, Chemnitz hat verzichtet.

— Der gesetzliche Arbeitstunntag muß besonstlich von den Arbeitgebern, wollen sie sich nicht strafbar machen, bei der Beschäftigung gewerblicher Arbeiter innegehalten werden. Wenn nun ein Arbeitgeber ohne Willen oder gegen den Willen seines Geschäftsbetriebs länger als acht Stunden arbeitet, so kann es zweifelhaft sein, ob er nicht ebenfalls straffällig wird. Das Reichsgericht bat jüngst, wie wir in der Zeitschrift „Gesetz und Recht“ lesen, die Frage darum entschieden, daß die Arbeitnehmer sich durch die Übererleichterung der achtständigen Arbeitszeit nicht strafbar machen. Der Arbeitstunntag sei zum Schutz der Arbeiter gegen gewerbliche Ausbeutung geschaffen. Dieser Schutz werde durch einen entsprechenden Druck auf den Arbeitgeber erreicht, ihn durch gleichartigen Druck auf den Arbeitgeber zu verschärfen, habe der Gesetzgeber nicht berücksichtigt.

— Die Regimentskavallerie des Landes-Inf.-Regt. Nr. 350 ist zusammengestellt. Ihr angegliedert werden die Vorgeschichte der einzelnen Batallone (als Ers.-Batt. Landw.-Gren.-Regt. — 1. Batt. J.-R. 329, — 2. Batt. Landw.-J.-R. 133, — 3. Batt. Landw.-J.-R. 350) vor ihrer Vereinigung zum hies. Landw.-Inf.-Regt. 350. Ehemalige Angehörige dieser Formationen, die Interesse an der Chronik haben, wollen ihre Anschaffung — unverbindlich — an Dipl.-Ing. Schaarbrück, Chemnitz, Wallbergstraße 40, senden, um dadurch einen Aufhalt über die Größe der Auflage zu erhalten. Ein „allgemeiner Regimentstag“ ist für dieses Jahr in Aussicht genommen.

— Herzogswalde. Der Bericht in Nr. 57 d. B. über die von Herrn Vi. Kell eingerissene Elternversammlung am 5. März ist, so schreibt uns Herr Anton Krieger, zu einigem abgeführt und fordert Widerpruch heraus. Herr Lehrer Ulrich aus Dresden lehrt mit seinem Berichte vollständig am Ziel vorbei. Er sollte eintreten für den konfessionellen Religionsunterricht. Aber je länger er sprach, desto mehr drängte sich dem Zuhörer die Überzeugung auf, daß er für den gesinnungsbildenden Unterricht redete. Wenn er sagte, für den Religionsunterricht könne er die Bekennnisformeln nicht als bindend ansehen, so muß man doch fragen, wo dann sein konfessioneller Unterricht bleibt. Ich habe ihm diese Schwäche seines Berichtes vorgehalten, und er hat darauf nichts erwidert. — Ich soll nicht sachlich gehoben sein. Weshalb sind mir dann die Unschäflichkeiten nicht überlegt worden? Da, Tatsachen lassen sich nicht ungeschoben machen. — Auch der Bericht über die Abstimmung ist irreführend. Richtig ist, daß sich zunächst kein klares Bild über das Für und Wider bezüglich der Entscheidung ergab. Gezeigt wurden aber 110 Personen, die sich zum Zeichen der Zustimmung erhoben hatten. Ehe die Signierenden gezählt werden konnten, wurde die Versammlung geschlossen. Nachdem Herr Stadtrat Zschote-Wilsdruff eine neue Versammlung eröffnet hatte, entfernten sich die Gegner der Entscheidung, und es wurden nun gezählt 121 noch anwesende Personen und einige fünfzig leere Stühle. Mögen auch einige Neugierige zurückgeblieben sein, so ergibt sich doch die Tatsache, daß meine Entschließung, die die Volksschule eine neutrale Stätte für alle Stände, Anschaulungen und Bekennisse sein muß und die konfessionelle Belehrung dem Konfirmandenunterricht anteilt, mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen wurde.

— Döben. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich auf der Löbauer Straße. Dort fuhr ein Auto mit großer Gewalt gegen einen Strahendom. Die vier Insassen wurden herausgeschleudert, zwei davon schwer verletzt. Der Wagen wurde vollständig zertrümmt. Der den Wagen führende Besitzer und die neben ihm sitzende Person kamen mit dem Schrecken davon. — Planen. Zu dem Bombenanschlag in Hallenstein wird uns weiter mitgeteilt, daß das Verbrechen zur verschärften Kontrolle aller in Hallenstein sich aufhaltenden und nach Hallenstein

— Erregte Auseinandersetzungen im Landtag. In der gestrigen Sitzung des Landtags kam es zu einem lebhaften Zuwachs zwischen den Kommunisten und den Unabhängigen auf der einen und dem Präsidenten des Landtags auf der andern Seite. Beide Fraktionen hatten schriftliche Erklärungen gegen die Geschäftsführung des Präsidenten zu Beginn der gestrigen Sitzung eingelegt, die sie in der heutigen Sitzung abgeben wollten, die aber vom Kammervorstand abgelehnt worden waren, weil die Erläuterung der Unabhängigen in der Form der Geschäftsführung nicht entsprach. Die Angelegenheit wird den Landtag in seiner morgigen Sitzung noch beschäftigen.

— Die Kreuzfahrt nach Oberschlesien. Die Wilsdruffer Abstimmungsberechtigten, sieben an der Zahl, sind gestern abend über Meissen zur Abstimmung nach Oberschlesien abgefahren. Möchten sie alle so siegesfroh nach der Abgabe der Stimmzettel wieder zurückkehren, wie sie jetzt so hoffnungsvoll auf den Erfolg der guten deutschen Sache abreisen. Gut Glück auf die

steine kommenden Personen geführt hat. Geeignete Ausweise sind für einen Besuch Hassensteins dringend notwendig. Die gesamte Bevölkerung ist aufgefordert worden, den Behörden alle verdächtigen Bahnrechnungen sofort mitzuteilen. Wemertenswert ist das Bestreben der Hassensteiner unabhängigen Sozialisten, die Urheberschaft zu dem Verbrechen auf die nationalistisch gesinnten Kreise abzuwählen.

4. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

Die Nummern, welche werden sich öffnen sieht, sind mit 450 Worten ausgetragen. (Dass Gewinn der Rangliste — Niederschlesien bestehen).

1. Verhängnis vom 9. März 1921.

50000 Nr. 4954 Eßwoll Detlefshütte, Böhmen.

30000 Nr. 30479 Dr. Dr. Reiter, Münster, Westfalen.

20000 Nr. 16461 Käthe Brücke, Leipzig.

10000 Nr. 62527 Hartmut Blaue, Dresden.

5000 Nr. 32200 Otto Schleifer, August, Leitersdorf, Georg Bepalb, Werner I. Es.

5000 Nr. 32200 Hermann Schirmer, Roßlau, Sachsen.

5000 Nr. 32200 Hermann Schirmer, Roßlau, Sachsen.